

Bochum, den 05.09.2020

## **Fragen zur Planung Gerthe-West – Antworten der Linksfraktion im Bochumer Rat**

**1. Warum hat Ihre Fraktion der Entwicklung zur Rahmenplanung Gerthe West zugestimmt, obwohl alle wissenschaftlichen Studien (z.B. ruhrFis, empirica, Bertelsmann) keinen Bedarf in der geplanten Größenordnung für Bochum sehen und sogar drohender Leerstand beschrieben wird? Laut der Empirica Studie aus dem Jahr 2020 besteht für Bochum kein angespannter Wohnungsmarkt und Instrumente zur Regulierung des Wohnungsmarktes wurden vom Land NRW für die Stadt Bochum eingestellt.**

Die Linksfraktion im Bochumer Rat hat als einzige Fraktion im Bochumer Rat der Rahmenplanung Gerthe West nicht zugestimmt. Wir sind der Überzeugung, dass sie zurückgenommen und überarbeitet werden muss. Als LINKE setzen wir uns für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, aber gegen vermeidbaren Flächenverbrauch ein. Die vorliegende konkrete Rahmenplanung für Gerthe-West haben wir daher aus wohnungspolitischen, ökologischen und gesamtstädtischen Gründen abgelehnt – als einzige Fraktion im Bochumer Rat.

Es gibt in Bochum sehr wohl eine Krise im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. Nach einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in unserer Stadt 25.000 Wohnungen, die sich Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Die Planung ist in der vorliegenden Form aber keineswegs geeignet, der Krise in diesem Bereich wirkungsvoll zu begegnen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass der aktuell geplante Neubau das Mietpreisniveau in Bochum weiter in die Höhe treibt.

Bei unserer Gesamtabwägung spielt auch eine Rolle, dass die Stadt Bochum zwar einerseits bestehende Grünflächen an Investoren zum renditeorientierten Wohnungsbau privatisieren

will, andererseits aber nicht bereit ist, gesamtgesellschaftlich weniger problematische Alternativen umzusetzen, die wir mehrfach und regelmäßig vorgeschlagen haben. Eine ausführliche Begründung unserer Position zu der Rahmenplanung Gerthe-West können Sie auf der Homepage unserer Ratsfraktion nachlesen: <https://www.linksfraktionbochum.de/2019/04/fuer-bezahlbaren-wohnraum-gegen-vermeidbaren-flaechenverbrauch/>

## **2. Durch das Auslaufen von Bindungsfristen im öffentlich geförderten Wohnungsbau und die nicht sanktionierte Fehlbelegung dieser Wohnungen entsteht ein stetiger Flächenfraß mit entsprechender Versiegelung durch regelmäßige Neubebauung. Wie wollen Sie dieses verhindern?**

Hier sprechen Sie das Kernproblem der aktuellen Wohnungsbauförderung an. Auf Bundesebene tritt DIE LINKE daher für eine komplette Umstrukturierung der Wohnungsbauförderung ein. Statt Investoren vergünstigte Kredite zu finanzieren, wollen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Unser Ziel ist, damit einen neuen, dem Gemeinwohl verpflichteten Sektor in der Wohnungswirtschaft mit dauerhaft günstigen Mieten aufzubauen und dauerhaft zu etablieren. In dieser Broschüre ist das Konzept umfassend beschrieben: [https://www.heidrun-bluhm.de/fileadmin/Artikel-Pool\\_Zeitungen/user/upload/Gemeinnuetzigkeit\\_statt\\_Profitlogik\\_2017-2.pdf](https://www.heidrun-bluhm.de/fileadmin/Artikel-Pool_Zeitungen/user/upload/Gemeinnuetzigkeit_statt_Profitlogik_2017-2.pdf)

Vor Ort in Bochum wollen wir das Problem mit folgenden Maßnahmen angehen:

- Eindeutige **Priorität für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau** gegenüber profitorientierten Projekten.
- Wir wollen die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft **VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umbauen**. Aktuell verpflichten SPD, CDU und Grüne die VBW dazu, Millionengewinne zu machen und an die Stadt abzuführen. Das wollen wir ändern.
- Bis der Umbau der VBW zum gemeinwohlorientierten Unternehmen abgeschlossen ist, wollen wir einen **Mietendeckel bei der VBW** einführen. Neuvermietungen dürfen keinesfalls zu Preisen oberhalb des Mietspiegels erfolgen.
- Bei allen kommunalen Förderprogrammen muss festgeschrieben werden, dass **nur Maßnahmen förderfähig sind, durch die sich die Warmmiete nicht erhöht**.
- Mit einer **Wohnraumschutzsatzung** wollen wir Wohnungsleerstände, Umnutzungen und Abrisse genehmigungspflichtig machen.

- Wir wollen die **Quoten für öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum deutlich erhöhen**. Sie müssen verbindlich für alle Bauprojekte gelten.
- Um bestehende Räume besser zu nutzen, wollen wir ein **Leerstands-Kataster** und ein **Baulücken-Kataster** erstellen lassen.
- Wir wollen Bochums **Kungelei mit der Immobilienwirtschaft beenden**. Der in Bochum ansässige Vonovia-Konzern ist der größte Mietpreistreiber der Republik. Trotzdem genießt er im Rathaus eine privilegierte Sonderbehandlung. Wir wollen stattdessen eine Stadtverwaltung, die sich an die Seite der Mieterinnen und Mieter stellt.
- Zusammen sind wir stärker – deswegen **unterstützen wir die Selbstorganisation der Mieterinnen und Mieter** sowie ihre Proteste.

### **3. Wie vertragen sich die Planungen zu Gerthe West mit dem ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Bochum?**

Die Tatsache, dass die Planungen aus stadtklimatischen Gründen problematisch sind, ist ein weiterer Grund, weshalb wir die Rahmenplanung abgelehnt haben. (Siehe Antwort 1)

### **4. Im Klimaplan der Stadt Bochum werden Gerthe Zentrum und das Schulzentrum bereits heute als Hitzeinseln ausgewiesen. Die Prognose zeigt eine drastische Zunahme der Hitzeentwicklung auch ohne die geplante Bebauung der Frischluftschneise voraus. Wie wollen Sie die Gesundheit der älteren Bevölkerung und der chronisch Kranken in diesem Gebiet schützen?**

Auch unabhängig von der problematischen Neubebauung sind Maßnahmen dringend notwendig. Teil unseres Kommunalwahlprogramms ist die Entwicklung eines Handlungskonzepts gegen urbane Hitzeinseln als Grundlage zur Bekämpfung von Wärme-Hotspots. Es soll bei allen zukünftigen städtebaulichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Als Maßnahmen kommen u.a. in Frage: Konsequentes Anpflanzen und Nachpflanzen von geeigneten Bäumen und Straßenbegleitgrün im gesamten Innenstadtbereich, Pflege und Ausbau von Brunnen und Wasserflächen, mehr Dach- und Fassadenbegrünung, Dachgärten, Aufwertung und Ausweitung von Grünflächen und Parks, Hochbeete, Rankgerüste und vertikale Raumbegrünung (grüne Wände) in den Bereichen, in denen das Anpflanzen tiefwurzelnder Bäume und Sträucher nicht möglich ist.

**5. Die Volksinitiative Artenschutz in NRW fordert u.a. den Flächenfraß verbindlich zu stoppen und Biotopverbünde zu stärken und auszuweiten. Wie stehen Sie zu dieser Initiative?**

Wir unterstützen die Volksinitiative Artenvielfalt NRW, die vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) und des Naturschutzbund Deutschland (NABU) ins Leben gerufen wurde, um eine landesweite Kampagne zum Erhalt der Artenvielfalt in NRW durchzuführen.

**6. Durch die Bebauung im Planungsgebiet wird landwirtschaftlich wertvoller Lössboden endgültig vernichtet. Wie steht Ihre Fraktion zum Thema Bodenschutz?**

Wir wollen zusätzliche Bodenversiegelung verhindern. Generell sagen wir: Wenn städtische Flächen nach der Abwägung aller Argumente und Alternativen schon bebaut werden müssen, dann doch bitte so, dass gewährleistet ist, dass sich der maximale Nutzen für die Allgemeinheit ergibt. Das ist bei der aktuellen Planung für "Gerthe West" nicht der Fall.

**7. Ist es politischer Wille Ihrer Fraktion, dass das Baugebiet Gerthe West losgelöst von der Gesamtentwicklung der Stadtteile Gerthe und Hiltrop geplant wird?**

Nein, eine integrierte Planung und Entwicklung ist unbedingt erforderlich.

**8. Auf der Homepage der Stadt Bochum zum Bürgerbeteiligungsverfahren wird vom Empfehlungs- und Begleitgremium eine „politisch anschlussfähige“ Entscheidung zur Beschlussfassung gefordert. Was ist aus der Sicht Ihrer Fraktion zum Planungsgebiet Gerthe West politisch anschlussfähig?**

Das ist eine berechtigte Frage. So eine Forderung hätten wir nicht aufgestellt. Als LINKE fordern wir stattdessen offensiv frühzeitige und vor allem ergebnisoffene Beteiligungs- und Mitbestimmungsformate ein. Planungsprozesse dürfen nicht mehr über die Köpfe der Bochumerinnen und Bochumer hinweg organisiert werden. Die kommunale Planung, die wir wollen, ist ausgerichtet an den konkreten Bedürfnissen der Menschen in den Stadtteilen, und nicht an Profitinteressen von Investoren, Wohnungsunternehmen und anderen Konzernen. Sie ist sozial-ökologisch und hat das Ziel, zusätzlichen Flächenverbrauch zu vermeiden.

Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Mitbestimmung der Bochumerinnen und Bochumer. So wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen, soziale Vielfalt und Sicherheit sowie quartiersnahe Versorgung überall in der Stadt sicherstellen. Wie

die Zukunft der Bochumer Innenstadt und der Stadtteile aussehen soll und wie mit öffentlichen Ressourcen, den Grundstücken, Gebäuden und nicht zuletzt den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner umgegangen wird, sind Entscheidungen von großer Tragweite. Eine nur symbolische Beteiligung der Stadtgesellschaft bei der Beantwortung dieser Fragen ist nicht ausreichend. Stattdessen fordern wir Mitbestimmungsformate, die sicherstellen, dass das lokale Wissen der Anwohnerinnen und Anwohner in die Planung einfließt, und dass der Planungsprozess zugänglich, demokratisch, ergebnisoffen, breitgefächert und vor Ort organisiert stattfindet.

Der Stadtbau, für den wir eintreten, ist ökologisch nachhaltig. Freiflächen müssen erhalten und geschaffen werden, denn sie erhöhen nicht nur die Aufenthaltsqualität, sondern sind auch für die Verbesserung des Stadtklimas und der Luftverhältnisse unerlässlich. Um den Flächenfraß zu stoppen, brauchen wir ein Umsteuern in der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand muss Vorrang vor neuer Flächenversiegelung haben. Wir setzen uns dafür ein, vorrangig alte, ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen.